

Kunden  
edienen  
bitten  
mittags  
um Ein-  
wenden.

1888

Marke  
dchen-  
ter

Mark  
is das  
e.

nahl  
eben  
ML

280  
ML

eh's  
haus.

rg.

enheit  
sel.

garbeit  
verkaufen

eister  
an W.

imcer  
en befferen

1888

**Bezugspreis:**  
Monatlich 4,10 M. durch unsere Erzeugnisse  
und Agenten frei ins Haus geliefert; bei  
der Post abgeholt monatlich 4,15 M.  
vierteljährlich 12,45 M.; durch den Briefträger  
jungezeit monatlich 4,30 M.; vierteljährlich 12,90 M.

**Frei-Beilagen:**  
Commer- und Winterkalender,  
Kaffee- und Teeblätter.

**Erscheint täglich**  
außer an Sonntagen und Feiertagen.

# Maffauer Botte

Verantwortlich: Dr. Eber. Redaktionsrat u. Verlag der Limburger Vereinsdruckerei, G. m. b. H.: J. Eber, Direktor, alle in Limburg.

**Anzeigenpreis:**  
Die achtseitige Seite oder deren Raum  
70 Pfg. Bei Stellungsänderungen und Ein-  
angeboten ist die vierte Aufnahme umsonst.  
Kleinanzeigen 1,50 M. die Zeile.

**Anzeigen-Annahme:**  
Für die Tagesausgabe bis 5 Uhr am Vorabend.  
Nachtag nur bei Wiederholungen und  
pünktlicher Bezahlung.

**Geschäftsstelle:** Diezerstraße 17  
Telephon- und Postfach Nr. 8.  
Postfach 12:82 Frankfurt.

## Neues vom Tage.

Die Filmbildung Pola Negri ist auf drei  
Wochen nach Amerika verschoben. Ein Hoch-  
zeitstag von 250.000 Dollar.

Der 10. Dezember in Genf hat be-  
reits keine Lust mehr am 18. Dezember zu be-  
kommen.

Meldungen aus Anzora zufolge soll der Fried-  
ensvertrag zwischen Armenien und dem  
Kaisertum (Türkei) in der Nacht vom 2. zum  
3. Dezember in Alexandropol unterschrieben worden  
sein.

Der Rauschfeldchen färbereibereitenden  
Gewerkschaft wurden durch Einbrecher auf dem  
Ruf- und Messingwerk in Göttingen 70 kg rei-  
nes Silber im Werte von 112.000 Mark ge-  
stohlen.

Einer Kendermedien aus Washington zufolge  
ist der Finanzminister bekannt, daß die Netto-  
kosten des Krieges für die Regierung der  
Vereinigten Staaten 24 Milliarden 10  
Millionen Dollar betragen haben.

Der zweite Parteitag der Deutschen De-  
mokratischen Partei wurde in Nürnberg  
eröffnet mit einer Begrüßungsansprache des Vor-  
sitzenden, Senator Behrens (Hamburg).

Der Deutsche Beamtenbund fordert in ei-  
ner Erklärung Anpassung des Dienstvertrags  
an die allgemeine wirtschaftliche Lage, lehnt aber  
die Anwendung der gewerkschaftlichen  
Mittel vorläufig ab.

Lord George erklärte im Unterhaus, daß  
die englische Regierung über gewisse Teile Ir-  
lands das Kriegsgesetz verhängen wird.

Im Hafen von Fiume ist ein dritter Vor-  
stoß der Anzonen übergegangen.

In Leipzig und Dresden sowie in ande-  
ren Handelsstädten haben Verhaftungen von  
Geldverbrechern stattgefunden.

Präsident Wilson erklärte mehrere fäbende  
amerikanische Persönlichkeiten, ein Hilfskomitee  
für die von einer Hungernot heimgesuchten  
Gebiete Chinas zu bilden.

Staatssekretär Rösle wird aus dem Staats-  
dienst ausscheiden.

In Albanien erlitt ein starkes  
Erdbeben (200 Tote in einer Stadt). Aus  
Honduras (Mittelamerika) wird ähnliches ge-  
meldet.

## Zum 50jährigen Jubiläum der Zeitung Germania.

Die Zeitung Germania in Berlin be-  
geht am 17. Dezember d. J. den fünfzigsten Jah-  
restag ihres ersten Erscheinens. Da fast gleich-  
zeitig die Reorganisation des Preussischen Lan-  
des ihr 50jähriges Jubiläum feiert, so verbindet  
die Germania die beiden Gedenktage und läßt eine  
48 Seiten umfassende Jubiläumssonderausgabe  
erscheinen, in welcher die hauptsächlichsten Punkte der Ge-  
schichte des Blattes und sonstige wichtige Momente  
festgehalten sind. Von einer größeren äußeren  
Feier wird in Anbetracht der Zeitverhältnisse ab-  
gesehen.

Vor fünfzig Jahren lautete der allererste Satz  
des jubelnden Blattes: „In einem der glücklichen  
Momente der deutschen Geschichte beginnt un-  
sere Zeitung Germania.“ Unter wie anderen Um-  
ständen muß die Jubiläumssonderausgabe nach dem ver-  
lorenen Weltkriege abgefaßt werden! Immerhin  
ist dieses Jubiläum ein Ereignis, welches alle  
Preussischen Deutschen einstimmen müssen und zu  
welchem besonders auch die katholische Presse des  
ganzen Reiches ihre herzlichsten Glückwünsche len-  
den wird.

Bei der ersten Gründung freilich war die Zei-  
tung nicht, wie gemeinhin angenommen wird, als  
allgemeines Blatt gedacht, sondern sie ging aus  
dem Bestreben einer Anzahl einflussreicher Berliner  
Katholiken hervor, in ihrer Stadt ein eigenes lokales  
Blatt zur Vertretung ihrer religiösen und politi-  
schen Interessen zu haben. Aber draußen im Lande  
wurde von weitstehenden Geistlichen schon gleich die  
richtige Bedeutung der neuen Gründung in der  
Hauptstadt des Reiches erkannt u. in einem Glück-  
wunschschreiben des großen Mainzer Bischofs  
Emanuel von Ketteler ist auf dieses Mo-  
ment mit allem Nachdruck hingewiesen.

Die Entwicklung hat auch schon bald dieser Er-  
kenntnis recht gegeben. Die Gassen fielen von al-  
len Seiten so über den jungen Erbling her, daß  
er sich nur mit aller Energie seiner Kraft wehren  
konnte. So gewann er im Streit der Zeit und durch  
die Reflexe des Kampfes schnell viel mehr Bedeu-  
tung und Ansehen, als ihm die in der Großstadt  
verwandelnde Zahl der Berliner Katholiken je  
verleihen könnten, besonders bei dem damals  
sehr primitiven und gemäßigten Zeitungsbetrieb.  
Bald nach längerer Zeit hindurch die ganze  
Redaktion des Blattes aus einem einzigen Herrn,  
und als 1872 einzelne katholische Zeitungen im  
Reich sich einen gemeinsamen Nordbundes-  
Verband für die Parlamentsverhandlungen halten  
wollten — die ersten Anfänge der C. B. G. (Zen-  
trum-Parlaments-Korrespondenz), wurde die  
Germania noch vor diesem „Wais“, das nur aus  
einer Korrespondenz führen wollte. Die auswär-  
tigen Redaktionen konnten ja in der Germania  
niederkommen, was sich in Berlin ansetzen hätte.  
Freilich war dies eine Reduktion in der Größe  
des Kulturkampfes der berühmte Absehbare  
Zukunft, welcher keinen Gewinn und beson-  
ders dem Ehemaligen Rührer Rührer nicht ge-  
winnlos die Ruhe raubte. Neben diesem beengten und  
allerdings noch einige tüchtige Mitarbeiter wie  
Friedrich Riefenberger, der heute weltbe-  
kannt „Unpolitische Unsel“, welcher im Jahre  
1871 der erste Vertreter der Zentrumspresse auf  
der Journalistenkonferenz war. Er ist wohl der ein-  
zige Überlebende aus jener großen Zeit, welcher  
das Jubiläum noch aktiv miteiern kann.

Das junge „Volk im Kulturkampf“ mochte  
Opfer bringen mußte, wird nicht sehr überzogen  
sein. Während dieses Kampfes hat mindestens  
einer der Redakteure dauernd im Gefängnis, zeit-  
weilig waren sogar fünf, das heißt ungefähr die  
ganze Redaktion, in Brixen. Doch ein Blatt  
auf einmal elf, dann fünfundsiebzig und  
jetzt einmal siebenundsiebzig Anstalten  
ins Haus flogen, wie es der Germania ge-  
schehen ist, steht wohl einzig da, sowohl in der Geschichte  
der Redaktionspresse wie in der Geschichte der Presse.  
Die größeren Ehren hat dabei freilich die letztere  
ernte. Der Ueberzeugungsmut der  
Germania wurde gerechtfertigt und erhielt  
ihre Belohnung, als Bismarck Ende der siebziger  
Jahre an den Abbau des Kulturkampfes  
beraten wurde und das Zentrum zur po-  
litischen Mitarbeit auf politischem und wirtschaft-  
lichem Gebiet besonders bei der Sozialgesetzgebung  
und bei den sozialen Gesetzen herangezogen wurde.

Für das Blatt war die kommende Zeit nach der  
bestandenem furchtbaren ersten Feuerprobe  
eine Periode steter Weiterentwicklung. Vom 1.  
Oktober 1881 an erschien die Germania schon tä-  
glich zweimal, ihre Verbreitung erstreckte sich auf  
über 1300 Ortschaften. Besonders unter dem jetzi-  
gen Direktor, Herrn Karl Müller, welcher An-  
fang der neunziger Jahre in die Redaktion der  
Zeitungsgesellschaft trat, hat das Blatt, wie  
auch die Druckerei, einen außerordentlichen Auf-  
schwung zu verzeichnen gehabt, jedoch ist seitdem  
auch finanziell auf festen Füßen steht.

Wäre dieser Aufschwung, welcher parallel ge-  
gangen ist mit der Bedeutung des katholischen  
Volks, in unserem politischen Leben überhaupt  
auch weiterhin anhalten. Die Entwicklung der letz-  
ten Jahre hat gezeigt, daß dieser Volksanteil der ein-  
zig ruhende Pol in der Geschichte der  
Germania ist. Zur Geltung auf politischem Gebiet  
kann er aber nur kommen, wenn er auch eine tüch-  
tige journalistische Vertretung in der Öffentlich-  
keit hat. Diese muß ihm die Presse geben und der  
Germania ist dabei eine der wichtigsten Aufgaben  
aufgegeben. Ihre Arbeit, ihre Erfolge, aber auch  
ihre Ehren und ihr Jubiläum sind daher eine An-  
erkennung des ganzen katholischen Volkes, deshalb  
gelingen ihr unter aller herzlichsten Glück-  
wünsche. Ad multos annos!

## Aus dem Kabinetts Schrenbach.

Berlin, 10. Dez. Die „Sozialistische Korrespon-  
denz“ hatte neuerdings neuen Minister Hermes  
eine Anzahl schwerer Beschuldigungen er-  
hoben. Der Minister hat darauf Strafantrag ge-  
stellt.

Im Reichstag und dem Reichsanwalt und dem  
preussischen Ministerpräsidenten  
Braum hat unter 4 Anzeigen eine Aussprache  
über die Vorwürfe stattgefunden, die sich für sich  
im Reichstag abgelehnt haben; die Angelegenheit  
sowohl damit als erledigt betrachtet werden.

Am parlamentarischen Reichstag verlor, daß  
dem Ministerialrat Demuth im Reichstags-  
parlament ein Disziplinarverfahren  
eingeleitet wurde, weil er den Sachverhalt über  
die Angelegenheit des Vertrauens Deutsche  
Werke nach unrichtig oder unvollständig un-  
terrichtet habe.

## Das Schulgeld an höheren Schulen betreffend.

Berlin, 10. Dez. (R.A.) Im Hauptauschuß  
der preuss. Landesversammlung wurde gestern ein  
Kursus annehmen, wonach die Gehöl-  
der des Schulgeldes an den höheren Lehranstalten  
rückwärts gemacht wird. Soweit zur Zeit  
die Unmöglichkeit des Schulgeldes nicht durch-  
führbar ist, soll eine Höhe nur nach Zustimmung d.  
Landesversammlung festgesetzt werden. Das Schul-  
geld soll nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit  
der Eltern unter Berücksichtigung der Kinderzahl  
abgemindert werden.

## Die griechische Frage.

Athen, 11. Dez. Das offizielle Ergebnis der  
Vollversammlung ist folgendes: 999 954  
Stimmen für die Ruffische König Konstantin u.  
10 383 dagegen; 1190 Stimmzettel ungültig, 1063  
unbestimmt. (Bei den Wahlen am 14. Novem-  
ber betrug die Zahl der Wahlmänner 822 371.)

Der französ. Gesandte Debilis übergab  
gestern abend dem Ministerpräsidenten Kallias  
eine Note der französischen Regierung, die ankündigt,  
daß Frankreich im Falle der Wiedererlangung  
König Konstantin jede weitere finanzielle Unter-  
stützung Griechenlands verweigere. Kallias mel-  
det, daß Ministerpräsident Kallias das Tele-  
gramm, das den König Konstantin zurückrief, noch  
nicht abgehandelt habe.

## Die deutsche Antwort auf die Beschwerdenote der Entente.

In Antwort auf diese Note wurde dem Ver-  
treter der belgischen Mission heute folgendes mit-  
geteilt:

Die deutsche Regierung vermag nach dem Bericht,  
die sie aus dem belgischen Gebiet erhalten hat, nicht zu-  
zugeben, daß die Reise des Reichsministers und des  
Ministers des Innern die Bevölkerung des Rhein-  
landes beeinträchtigt hat. Eine solche Wirkung würde auch  
durch den Einbruch der Bevölkerung, die die Ruffen  
auf der Reise persönlich erhalten. Nach der Ueberzeu-  
gung der Reichsregierung trägt die Reise keine we-  
sentliche zur Verletzung der Grenzen bei. Die Bevölke-  
rung des belgischen Gebiets geriet durch die Beschwerden,  
die mit der Anwesenheit der Belgischen Agenten und  
Belgischen Beobachter verbunden sind, in eine höchst er-  
regte, vielfach sehr verzweifelte Stimmung, die sich in-  
folge der Noth merkwürdig geäußert hat.

Wenn die Minister über diese Botschaft erliegen  
und der Bevölkerung zeigen wollten, daß ihre schwere  
Lage von der Reichsregierung voll begriffen werde, so  
konnten sie nicht auf die Würdigung des Vertrages von  
Versailles verzichten, auf dessen Bestimmungen jene  
Lage zurückzuführen ist. Die deutsche Regierung muß  
es ihnen pflichtmäßig Erweisen vorbehalten, ob und  
wann sie es aus Gründen der inneren Politik für er-  
forderlich erachtet, daß die Reichsminister sich von den  
Verhältnissen im belgischen Gebiet persönlich überzeugen  
und Prüfung mit der rheinischen Bevölkerung nehmen.  
Sie kann über den Inhalt der dort abgeordneten Er-  
läuterungen der belgischen, englischen und französischen  
Regierung gegenüber im voraus keinerlei verbindliche  
Zusicherungen abgeben, muß sich vielmehr die Hand-  
lungsfreiheit innerhalb der Grenzen ihres Program-  
mes, das die Durchföhrung des Vertrages von Ver-  
sailles bis zur Grenze des Möglichen vorsieht, ausdrück-  
lich vorbehalten.

## Auch Amerika protestiert.

Paris, 11. Dez. Nach Meldungen der Berliner  
Mäcker aus Berlin hat sich der amerikanische Ge-  
sandschafter in einer Proklamation dem französischen  
enallisch-belgischen Vorgehen wegen der Minister-  
reden im belgischen Gebiet angeschlossen.

## Bombenattentat im rumänischen Senat.

Zwei Tote, sechs Schwerverletzte.

Bukarest, 10. Dez. Telephon-Korrespondenz  
Dumbrava. In der heutigen Senatssession wurde ein  
Bombenanschlag verübt. Der Bischof Radu und  
der Minister Grotaru wurden getötet, zwei Bi-  
schöfe, zwei Senatoren, ein Minister und ein Ge-  
neral schwer verletzt.

## Das französische Kriegsbudget.

Streichung einiger hundert Millionen.

Paris, 8. Dez. Der Finanzminister hat das  
Budget des französischen Kriegsbudgets um einige  
hundert Millionen beschnitten. Der  
Kriegsminister forderte 5 1/2 Milliarden Fr., d. h.  
1 1/2 Milliarden mehr als im Jahre 1920. Die  
Kommission will mit dem Kriegsminister  
noch über weitere Streichungen verhandeln. Der  
Kriegsminister befindet sich jedoch bereits in Eile  
zu einer mehrwöchigen Kur. Offenbar bleibt er  
bei seinen extraparlamentären Forderungen, um in ei-  
nem kommenden parlamentarischen Kabinett-Parla-  
ment sich als passender Kriegsminister zu  
empfehlen.

## Frankreich und der nahe Orient.

Genf, 9. Dez. Im französischen Senat macht  
sich ein ziemlich starker Widerstand geltend gegen  
die neue große Geldforderung der Regierung für  
die militärische Expedition in Cilicien u.  
in Syrien. Die Regierung hat deshalb den  
General Gouraud nach Paris kommen lassen,  
und der Ministerpräsident Doumergue tritt  
in Begleitung des Generals in einer gemeinsamen  
Sitzung der Finanzkommission und der Kommit-  
te für auswärtige Angelegenheiten, um Aus-  
kunft über die französische Orientpolitik zu geben.  
Der General Gouraud hat, wie aus der über die  
Sitzung veröffentlichten Note hervorgeht, ausge-  
sagt, daß die Lage der französischen Expedition  
nicht allzu glänzend sei und daß die Zurückfüh-  
rung eines Teils der ungenügend ausgebildeten  
vier Divisionen nur gedacht werden könne, wenn  
ein Einvernehmen mit der Türkei zu-  
stande käme. Der Ministerpräsident Doumergue  
bestätigte diese Darstellung und fügte hinzu, daß ein  
derartiges Einvernehmen mit der Türkei erreicht  
werden könnte durch Verhandlungen, insbesondere  
durch die Wiederherstellung der türkischen  
Souveränität über Smyrna. Eine der-  
artige Abmachung wäre mit dem Wortlaute des  
Friedensvertrages von Sevres vereinbar, und die  
schwebenden Verhandlungen dürften auf einem baldi-  
gen Abschluß führen zur Befriedigung der fran-  
zösischen, englischen und italienischen Interessen.

## Kroatien für die Kroaten.

Ablehnung der serbischen Herrschaft.

Karag, 10. Dez. Gestern fand hier unter dem  
Vorherrschen des kroatischen Bauernführers  
an dem (U. G.) Bauern Konstantin. Sie nahmen  
eine Resolution an, nach welcher die Kroaten wech-  
seln eine kroatische Republik gründen wol-  
len. Der Konvent lebte die Belarische Kon-  
stitution ab, weil sie unvereinbar sei u. kroa-  
tischen Majoritäten könnte. Die Schaffung einer  
totalitären kroatischen Republik soll im  
Rahmen der internationalen Grenzen von Süd-  
Serbien und eventuell Bulgarien nach einer Ver-  
einbarung mit dem Regenten und den serbischen  
Parteien erfolgen. Die Bauernpartei erhob dabei  
Anspruch auf die kroatische Regierung und will  
nach der Gründung mit Serbien einen kroatischen  
Sektor zur Bildung der Regierung einbringen.  
Der Serben hat kein Wort von der Erklärung  
nach, daß die Kroaten mit Serbien vereinigt sein  
wollen. Der Konvent schloß mit Ungarn und Serbien  
ohne Rücksicht.

## Das englisch-russische Handels- abkommen.

Uchitschew gegen Kossius Verhandlungen.

London, 10. Dez. „Daily Telegraph“ berichtet  
aus Moskau, daß Uchitschew die Verhandlungen  
zwischen den russisch-englischen Handels-  
abkommen nicht abschließen habe. Der Uchitschew  
hat durch einen inneren Sieg des linken Flügel  
der Kommunistenpartei verhindert und Moskau  
weitere sich nun überhaupt mit bürgerlichen Regie-  
rungen Handelsabkommen abzuschließen, es habe  
vielmehr vor, mit privaten Firmen an unter-  
handeln.

## Rußland.

Revolverattentat auf Trotski.

Sankt Petersburg, 10. Dez. Aus Moskau ankun-

gende durch vertrauenswürdig Personen bo-  
richteten, daß am 14. November auf Trotski während  
einer Rede, die er an eine an die Frontfront ab-  
geordnete Schützenabteilung hielt, ein Revolver-  
attentat verübt worden sei. Ein amerikanischer Offi-  
zier der russischen Armee namens Kalsoy gab  
aus kurzer Entfernung auf Trotski zwei Schüsse  
ab, die ihn an Hals und an der rechten Hüfte leicht  
verwundeten. Der Täter wurde von den um-  
stehenden umschlossen und nach zwei Stunden  
früher Verhaftung erlitten.

## Ein belgischer General über die Besetzungsbahn.

Nach, 10. Dez. Ueber die Zukunft der Beset-  
zung des linken Rheinlandes hat G. Walle-  
terre den belgischen Oberkommandierenden Ge-  
neral Rutquoy gefragt, und von ihm einige  
Angaben erhalten, die er in der Franco Militaire  
veröffentlicht.

Der Friedensvertrag habe den Belgiern leider  
die beste Schutzmaße, den Brückenkopf von Düsseldorf,  
aus den Sünden genommen. Wir hoffen  
allerdings, daß der zehn Jahre für immer im  
Rheinlande bleiben zu können, das als Deckung  
der belgischen Grenze unentbehrlich sei. Da die  
Engländer Köln nach fünf Jahren verlassen,  
hoffe und denke man, daß die Franzosen und Bel-  
gier sich dort in Schutzweite vom Ruhrrevier be-  
ziehen, wenigstens solange, als die Ausführung des  
Friedensvertrages noch in der Schwebe sei. Da  
Amerikaner verlassen Koblenz nach zehn Jahren  
und so sei vorausgesetzt, daß die ganze West an  
Rhein früher oder später durch Frankreich  
und Belgien gehalten würde. Die Rheinarmee  
werde ein franco-belgisches Heer sein, das  
den Grob- und Organisation von der politischen  
und militärischen Lage Deutschlands abhängen und  
von den Änderungen, die in einer nahen Zukunft  
im Organismus der Armee in Frankreich und  
Belgien eintreten würden. Infolgedessen sei die  
belgisch-französische Militärallianz einer der besten  
Sicherheiten für die West an Rhein. Der bel-  
gische General hofft, daß die Germanen des bel-  
gischen Volkes sich den militärischen Notwendigkeiten  
fügen und die gegenwärtige innere Krise überwin-  
den werde.

## Wilson und Cordia.

Washington, 7. Dez. Präsident Wilson wird  
möglicherweise mit Senator Cordia eine Rufum-  
wahl machen, um mit ihm verschiedene Gegen-  
stände der auswärtigen Politik zu besprechen und  
vor allem die Frage des Weltkrieges, die  
indonesische, die amerikanische und die russische Frage.  
Die Nachricht, daß Cordia sofort nach seinem  
Kandidat eine Lebenslange Friedenskommission  
unter Führung von Root nach Europa schick-  
ten werde, ist bisher noch unbestätigt.

## Englische Bewerbe in Nordamerika.

Im Unterhause gab Bonar Law auf einen  
an ihn gerichteten Antrag an, die Regierung habe in  
Erwägung gezogen, ob es für sie nicht zuträglich sei,  
wozu der aufstrebende Starke der amerikanischen  
Verkehrs- und Handels- in Washington  
Verstellungen zu erheben. Das Unterhaus  
militärische Bewerbe, ob nicht die Zeit  
gekommen sei, um an rikanischen Bewerben teil-  
zunehmen, daß jede weitere Zuspätkommen der  
deutschen und die Verhinderung neuer militärischer  
Ereignisse an ihm erwünscht sei, als ein un-  
freundlicher Akt angesehen werden müsse. Bonar  
Law antwortete darauf: „Sicherlich haben wir vom  
diplomatischen Standpunkt aus ein Recht dazu, aber  
es ist das weniger eine Frage des Rechts, als der  
Zweckmäßigkeit.“

## Zur Lösung der irischen Frage.

Der Arbeiterführer Henderson, der kürz-  
lich aus Irland zurückgekehrt ist, verurteilte in  
einer Rede in Manchester die Reaktionä-  
re in Irland und erklärte, daß das Land sehr  
wenig von irischen militärischen Bewerben und das  
Volk werde überall verworren. Doch sei ein er-  
nünfteltes irisches Volk vorhanden. Henderson  
führte einen Waffenstillstand vor, während dessen  
eine Konferenz zwischen Vertretern der britischen  
Regierung und des irischen Volkes stattfinden sollte.  
Er betonte, daß er überzeugt sei, daß die irische  
Kirche und die irische Arbeiterbewegung einen  
solchen Waffenstillstand unterstützen würden, so-  
fern sie nicht durch einen inneren Sieg des linken Flügel  
der Kommunistenpartei verhindert und Moskau  
weitere sich nun überhaupt mit bürgerlichen Regie-  
rungen Handelsabkommen abzuschließen, es habe  
vielmehr vor, mit privaten Firmen an unter-  
handeln.

## \* Die Reaktionen der Deutschnationalen.

Ein interessanter Ausblick ergab sich in der Sit-  
zung des Ausschusses vom 9. Dez. Der  
Ausschuß Montaubert erfordert erhebliche  
Zuschüsse aus dem Gemeindefonds. Der Ausschuss-  
orden hat bereits das beschl. Kommiss. übernommen.  
Es sind Verhandlungen eingeleitet, daß der  
Rechnungen auch das Gymnasium übernimmt.  
Die amtierenden Lehrer würden die Kosten, auch nicht-  
katholische Kinder würden die Kosten der Kosten  
belaufen können. Dieser Plan machte den Deutsch-  
nationalen Häute Sorge. Ihr Sprecher, der Abg.  
Ritter, hat den Plan entgegen und verlangt Ver-  
staatlichung der Kosten. Evangelische Kinder  
können eine Reichenanstalt niemals beladen. So-  
wohl entzogene ihm der Abg. Ritter (Hr.). Er  
kann mit Recht darauf hinweisen, daß die alte Je-  
suitenanstalt nicht mehr existiert sei. Die Deutsch-  
nationalen müßten sich aber endlich damit abfinden,  
daß die Kosten dieser Kosten hätten und jeder  
andere Staat Bürger und daß sie deshalb auch das  
Lehrer ausbilden könnten, jeder andere  
Schulbürger. Man hat es aber nicht an ihm mit  
der Regierung irisch eines Reichtums, sondern mit  
der öffentlichen Erklärung des Sprechers der deutsch-  
nationalen Fraktion im Landtag.



**Kontorist**  
oder Kontoristin, bewandert mit Schreibmaschine  
und Stenographie, gesucht. Angebote unter 15971  
an die Geschäftsstelle erbeten.

